



## Mitteilungsblatt April 2011

Liebe Mitglieder,  
sehr verehrte Damen und Herren,

dieses Informationsblatt unseres Vereins erscheint in der Zeit wichtiger Ereignisse in Görlitz. Wir wollen unseren Mitgliedern Informationen geben, die für die Beurteilung und Entscheidung anstehender Probleme wichtig sind. Unsere Bitte ist:

Unterstützen Sie unsere Arbeit dadurch, dass Sie diese Informationen weitergeben oder uns wissen lassen, wer an diesem Mitteilungsblatt Interesse haben könnte.

- Inhalt:**
- 1. Öffentliche Meinung in Görlitz**
  - 2. Grenzenlose Medizin: Görlitz-Niederschlesien**
  - 3. Stadtrat für Görlitz oder Stadtrat des Landkreises**
  - 4. Stadtratstagung Görlitz-Zgorzelec**
  - 5. Schlesisches Musikfest, Bachfest und ViaThea**
  - 6. Bericht von der 35. Stadtratssitzung**

### **1. Öffentliche Meinung in Görlitz**

Probleme sensibilisieren und machen feinfühlig, wird behauptet. Gilt das auch für die „öffentliche Meinung“? Gilt das ganz besonders auch in Görlitz?

Das Problem der so genannten „Polenplakate“, die bestehende Schwierigkeiten in Görlitz-Zgorzelec unkritisch verallgemeinerten und diskriminierend zur Sprache brachten, liegt hinter uns. Für die einen war die notwendige Reaktion darauf eine Aufgabe der Rechtsprechung, andere wollten das Problem durch Mobilisierung der Straße lösen. Die SZ wiederum verschärfte das Problem noch zusätzlich durch zuspitzende Meinungsumfragen und ausgewählte Leserbriefe. Vielleicht, um eigenen Positionen zu nützen? Vielleicht, um die Auflage zu steigern? Denn wie ernsthaft alles gemeint war, das lässt die Schnelligkeit erkennen, mit der ein doch wichtiges Thema wieder fallen gelassen wurde. Auch den „Klinikum-Streit“ haben wir – trotz heftigster und verletzender Eruptionen – erstaunlich schnell hinter uns gelassen. Letztes Beispiel ist die Neujahrspügelei an der Neißebrücke, die einen Großartikel in der SZ zur Folge hatte, der alle antipolnischen Affekte, die es seit 1830 in Deutschland gibt, zusammenfasste. Nur der Umstand, dass der Verfasser eher den linksgeprägten Diskurs in der Stadt unterstützt, schützte ihn vor dem Vorwurf des Rassismus und Rechtsextremismus. Zudem brachte die über ihren Übermut wohl selbst erschrockene SZ kurz darauf einen ebenso langen Artikel aus weiblicher Hand, der genau so unsachlich pro-polnische Argumente aneinander reihte.

Es ist abzusehen, dass bei nächster Gelegenheit neue Themen in gleicher Art auf den Markt geworfen werden, um eine bestimmte öffentliche Meinung zu erzeugen. So liegt es nahe, der Frage nachzugehen, was „öffentliche Meinung“ ist und wie die Mechanismen der Meinungsmache ablaufen.

Erste Behauptung der Medienforschung (Norbert Bolz) ist: Die „öffentliche Meinung“ wird erzeugt durch die Bekanntgabe von Meinungsumfragen. Erwiesen ist, dass fast jeder Mensch zu den meisten öffentlichen Problemen keine feststehende eigene Meinung hat. Die meisten Menschen geben Gelesenes als eigene Meinung an oder zitieren die übernommene Meinung der Zeitung. Die Medientheorie nennt das Informationskaskade:

Menschen erfahren durch das Studium einer Zeitung, was andere Menschen meinen. Es ist für den Normalbürger viel zu anstrengend, sich eine eigene Meinung zu erarbeiten, noch mühsamer, dann eine abweichende Meinung gegenüber einer weit verbreiteten, scheinbar selbstverständlichen Meinung vorzubringen. So entsteht die öffentliche Meinung aus der veröffentlichten Meinung. Dieser demokratische Geburtsfehler wird nur durch eine bestehende Vielfalt der Presse etwas kompensiert. Leider fehlt diese Vielfalt in Görlitz, Die zweite Behauptung der Medienforschung ist: Schon, um sich nicht zu isolieren, schließen sich die meisten Menschen dem Phantom der veröffentlichten und damit so genannten öffentlichen Meinung an: „Es stand in der Zeitung, also ist es wahr!“ Erstaunliches, aber nicht unerwartetes Ergebnis der Meinungsforschung ist weiterhin, dass es um so schwieriger wird, eine eigene Meinung zu vertreten, je stärker die Techniken der Propaganda und der Meinungspflege entwickelt sind, wie das in den demokratisch organisierten Gesellschaften heute die Regel ist. Das ist der Fluch der Massendemokratie: Je mehr wir uns von den autoritären Regimen emanzipiert haben, desto wehrloser sind wir gegenüber der veröffentlichten öffentlichen Meinung und der Diktatur der Fragenden. In den USA gab es auf die Umfrage (Gross 1985): „Glauben Sie, dass die USA öffentliche Reden gegen die Demokratie verbieten sollte?“ 54 % Zustimmung. Die Frage „Glauben Sie, dass die Vereinigten Staaten öffentliche Reden gegen die Demokratie nicht erlauben sollten?“ beantworteten 75% ablehnend. Es gibt kein neutrales Fragen. Fragen zielen immer auf ein Ergebnis.

Prüfen wir den Einzelfall: Was antworten Sie auf die folgende Frage: „Die Stadt tut nichts gegen die Hetzplakate gegen Polen. Finden Sie das richtig?“ Es gehörte seinerzeit schon sehr viel Standhaftigkeit dazu, darauf mit „ja“ zu antworten (weil man sich informiert hatte, dass die Stadt Görlitz als öffentliche Hand in unserem Rechtsstaat zu diesem neutralen Verhalten verpflichtet war, um keine Wahlbeeinflussung auszuüben, die u. U. zu einer Wahlanfechtung führen kann). Aber die Unwissenden und die Böswilligen wären wegen dieser Antwort über sie hergefallen. Damals wurde Demoskopie zur Demagogie.

Es bleibt nun die Frage: Sind wir sensibilisiert, sind wir nach den genannten Ereignissen feinfühlicher geworden? Sind wir heute bereit, die Probleme selbst zu prüfen, nach der Absicht der Kampagne zu fragen und Verführung zu erkennen? Abermals steht in Görlitz eine Wahl bevor und an der nächsten Kampagne wird bereits gebastelt.

## **2. Grenzenlose Medizin: Görlitz - Niederschlesien**

Ulf Großmann erklärte am 14.März in der SZ, dass Zgorzelec im Gesundheitswesen eher mit Dresden zusammenarbeite (vermutlich: eher als mit Görlitz). Wie diese Bemerkung gemeint war, das wurde nicht ausgeführt. Aber es ist uns Anlass, über dieses Thema zu informieren.

Herrn Großmann war wohl nicht bekannt, dass sich seit 2002 in regelmäßigen Abständen deutsche und polnische Ärzte in Liegnitz (Legnica) offiziell zur gegenseitigen Unterrichtung und Beratung treffen. Das Görlitzer Klinikum hat in allen diesen Planungen und Gesprächen einen hohen Stellenwert.

Ganz wesentlicher Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Görlitzer Klinikums ist die Werbung in Richtung Osten. Dort wartet ein großes Potential an Patienten, das die deutsche Medizin und, in unserem Einzugsbereich, das Görlitzer Klinikum sehr schätzt.

Seit 1990 wurden in Niederschlesien 20 staatliche Krankenhäuser geschlossen. Einige werden in privater Trägerschaft weitergeführt. Und es besteht die Tendenz zu weiteren Privatisierungen. Die medizinische Versorgungssituation in Polen ist angespannt. Polnische Ärzte wandern ins Ausland ab, darunter vor allem Chirurgen, Kardiologen und Onkologen. Auf 1000 Einwohner in Polen kommen 2,2 Ärzte (Deutschland 3,2). Die Lebenserwartung der Menschen in Polen liegt für Frauen bei 80 Jahren (Deutschland 82,7), für Männer bei 71,3 Jahren (Deutschland 77,4).

Ärztinnen sterben in Niederschlesien 10 Jahre eher als ihre Patienten. Die niedrigere Lebenserwartung in Polen wird von polnischen Ärzten auf das Niveau der medizinischen Versorgung und die Arbeitsbedingungen zurückgeführt. Denn obwohl sich (ähnlich wie in Deutschland) die Zahl der Medizinstudenten erhöht, nimmt die Zahl der berufstätigen Ärzte ab. Rund 6 % der polnischen Ärzte haben zwischen 2004 und 2008 Polen verlassen. Kompliziert ist das System der gegenseitigen Inanspruchnahme medizinischer Leistungen. Deshalb blieb der befürchtete Anstieg von Leistungen für Deutsche (zum Beispiel bei zahnärztlichen Behandlungen) in Polen bisher aus. Aber auch die Behandlung von polnischen Bürgern in Sachsen blieb hinter den Prognosen der polnischen Krankenkasse zurück. Denn die Abrechnungsmodalitäten sind so schwierig, dass die Abwicklung der Honorierung zwei Jahre in Anspruch nimmt. Gerade für Notfälle wünscht die Landesärztekammer in Dresden einen Staatsvertrag (wie mit Frankreich), um für jeden eine Behandlung im nächsten Krankenhaus zu ermöglichen, auch wenn eine Grenze dazwischen liegt.

Soweit die Information. Sie soll zeigen, dass die Probleme mit Schlagworten nicht gelöst werden. Bemerkungen wie „Ich sehe, dass eine gewisse Bequemlichkeit eingetreten ist. Es geht zu wenig darum, Barrieren aus dem Weg zu räumen.“ gehen an der Wirklichkeit vorbei. In Deutschland, erst recht in der Grenzregion, wird viel getan, viel geworben, viel an der Verbesserung der Beziehungen gearbeitet. Keiner sitzt hier auf seinen Lorbeeren.

### **3. Stadtrat für Görlitz oder Stadtrat des Landkreises**

Im Stadtrat von Görlitz wird besonders von Seiten der „Bürger für Görlitz“ die Stadt zu einer unbedingten, ja fast kritiklosen Zusammenarbeit mit dem Landkreis gedrängt. Aus diesem Anlass soll die folgende Meldung (Niederschlesischer Kurier vom 22.März 2011) zitiert werden:

„Der Landkreis Görlitz kommt in einem bundesweiten Kreisvergleich nicht vom Fleck. Belegte er vor fünf Jahren Platz 413, so ist er jetzt auf Rang 399 von 413 Kreisen zu finden. In der Zwischenzeit hat sich aber die Zahl der Kreise durch Gebietsreformen um 26 verringert. Die Rangliste hat das Berlin-Institut erarbeitet, das regelmäßig die Kreise darauf untersucht, wie sie für die Zukunft gewappnet sind. Dabei erhält der Landkreis Görlitz mit 4,32 die schlechteste Gesamtnote in Sachsen.“

Nun bleibt die Frage an die Fraktion „Bürger für Görlitz“ im Stadtrat, ob ein Pferd schneller laufen wird, wenn man es zusammen mit einem lahmen Gaul vor einen Karren spannt?

Ähnliche Gedanken trugen möglicherweise auch die Kollegen aus Bautzen mit sich, als sie sich dieser Tage erneut bewusst gegen eine Fusion ihres Theaters mit dem hiesigen aussprachen.

### **4. Gemeinsame Stadtratstagung Görlitz-Zgorzelec**

Wissen Sie, was ein „Mysterienspiel“ ist? Irgendetwas, was mit einem Geheimnis zu tun hat, meinen auch Sie? Daran fühlte ich mich erinnert, als ich mich über die Kommissionssitzung am 10. März für die Vorbereitung der gemeinsamen deutsch-polnischen Stadtratstagung Anfang Mai zu informieren versuchte. Ich war dort Neuling. Der erste, den ich nach dem Ablauf einer solchen Sitzung fragte, schaute mich völlig entgeistert an, ruderte mit beiden Armen durch die Luft und bekam eine Schnappatmung. Er ließ mich schließlich stehen und eilte kopfschüttelnd davon. Auch der Nächste sah mich nach meiner Frage genau so verwundert an, flüsterte etwas von: „werden schon sehen, langes Palaver, Beschuldigungen, oh, o jeh!“ Es blieb an mir, diese Wortfetzen zu deuten. Eine klare Antwort, so oder so, sie war auch bei weiteren Anfragen nicht zu bekommen. Hatte ich die Falschen gefragt? Aber sie kamen doch aus allen politischen Himmelsrichtungen. Am Tag des Geschehens fand ich mich dann zu dieser Sitzung ein, gespannt, was mich da an Außerordentlichem erwartete. Und nun kam die größte Überraschung - es lief alles völlig normal ab: Höfliche, ja freundliche Gastgeber, eine

konzentrierte Sitzungsleitung, die nie vergaß, nach den deutschen Wünschen oder dem deutschen Einverständnis zu fragen, schließlich zufrieden stellende Ergebnisse. Und nun frage ich mich, wo liegt der Hund begraben?

Da erinnere ich mich, dass einem Deutschen von der polnischen Behörde gerade ein Verdienst-Orden verliehen worden ist. Und was tut der? Er veranstaltet in dem Wind, den die Zeitung darum macht, daraus ohne Auftrag sofort einen Ordensregen an alle, die er kennt und mit denen er zusammenarbeitet, als sei sein Orden als Manna für alle gedacht. Zum Unterschied: Der französische Staat verleiht in jedem Jahr an Deutsche das Ehrenkreuz der Legion. Davon erfährt in Deutschland nur der Interessierte etwas - und das sind nicht viele. Der Orden wird dann auch nicht im eigenen Auftrag weiter verteilt. Wer davon erfährt, der denkt ganz entspannt: „Nun ja, warum nicht, wenn er den französischen Interessen genutzt hat.“

Oder ich erinnere mich daran, dass einige alte und neue Görlitzer Stadtpolitiker sich rühmen, dauernd nach drüben zu telefonieren, über die Neiße zu reisen und dort Freundschaften zu pflegen. Und dies dann denen zum Vorwurf machen, die die dadurch entstehenden Spesen zu sparen pflegen. Hier werden die normalsten und sinnvollsten Dinge überhöht, um schließlich als Mittel in einem Wahlkampf eingesetzt zu werden. Ich selbst würde diesen Politikern auch einen sächsischen Verdienstorden gönnen. Vielleicht sollten sie einmal – ganz konkret und nicht pauschal - abklären, welche Wertminderung der Dammbbruch der Witka für die Grundstücke der Bewohner in Hagenwerder zur Folge hat. Themen gibt es genug, die die Menschen im Grenzgebiet bewegen.

Quintessenz von allem: das deutsche und das polnische Volk leben in einer deutlichen Parallele. Beide Völker haben unter ihrer Mittellage gelitten, beide sind verspätete Nationen, die noch mitten im Reifeprozess ihrer Seelenlage stehen. Weshalb auch immer, gerade in der Grenzregion sieht man die verschiedene Entwicklung beider Völker: Ein kräftiges Nationalbewusstsein und ein gesunder Sinn für den eigenen Vorteil auf polnischer Seite und ein sehr merkwürdiges Bewusstsein auf deutscher Seite. Da sollte man noch lernen.

## **5. Schlesisches Musikfest, Bachfest und ViaThea**

Mit dem Schlesischen Musikfest gibt oder gab es in Görlitz etwas, was weit über den provinziellen Charakter der Stadt hinausreichte. Die Stadt konnte es sich leisten, weltberühmte Dirigenten und Solisten in die Stadt zu bitten: Karl Muck oder Wilhelm Furtwängler, Fritz Stein oder auch Hugo Rüdell. Ihre eigene überaus prächtige Umwelt bekamen diese Festtage durch die 1910 erbaute Stadthalle. Die großen Chöre stellte die Stadt immer selbst. Und schon dadurch waren Erfolg und Gelingen mit vielen Häusern in der Stadt verbunden. Der Glanz wie die Pracht des Festes fiel auf viele Familien in der Stadt. Im Ehrenamt haben Frank Brendler und seine Freunde seit Jahren das Fest wieder durchgeführt. Jetzt mussten sie das 33. Schlesische Musikfest 2011 ersatzlos absagen, weil von den für die Organisation ursprünglich geplanten 25.000 EURO Projektförderung durch den Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien nur ca. die Hälfte bewilligt wurden – und das unverständlich spät. Da kann man nur einen Leserbrief aus dem [www.goerlitzer-anzeiger.de](http://www.goerlitzer-anzeiger.de) zitieren (Jens, 23.03.): Wo bleibt hier der Aufschrei des Görlitzer „Kulturbetriebes“?

Unverständlich auch deshalb, weil auf Beschluss des Stadtrates zur gleichen Zeit ein Bachfest nach Görlitz geholt wurde, für das die Stadt laut Mehrheit der Räte etwa 15.000 EURO bereitstellen soll. Besieht man aber die einzelnen Programmpunkte, stößt man verwundert auf die Tatsache, dass es sich überwiegend um Veranstaltungen handelt, die auch ohne den schmückenden Rahmen eines Bachfestes und ohne finanzielle Hilfe der Stadt in Görlitz stattfinden würden.

ViaThea ist allen Stadträten wichtig, nicht nur der überregionalen Ausstrahlung wegen. Es ist wunderschöne Unterhaltung für jedes Publikum in Qualität und Quantität (= Kosten). Es

wurde mit jedem Jahr größer und schöner. 2006 hatte der Stadtrat der Theater GmbH für die Organisation des Festes ein projektabhängiges Budget zugesagt, welches aber nach Beschluss schrittweise bis 2010 reduziert werden sollte. Diese Reduzierung im Interesse der Haushaltskonsolidierung sollte in der Zwischenzeit durch die Einwerbung von Drittmitteln kompensiert werden. Trotzdem hat die Theater GmbH ihren Bedarf auch in 2011 unverändert mit 82.000 EURO in ihren Wirtschaftsplan aufgenommen. Der Aufsichtsrat der Theater-GmbH diskutierte dabei keine Alternativen, sondern ließ das ViaThea planlos in die jetzt bestehende existentielle Bedrohung hineinrutschen. Um aber gerade im Jahr der 3. Sächsischen Landesausstellung diesen Besuchermagneten der Stadt zu erhalten, legte der OB dem Stadtrat jetzt letztmalig eine Ausnahmeregelung zur Absicherung des Festivals vor, das den fehlenden Zuschuss von etwa 41.000 EURO sichern soll. Weiteres im Bericht aus der Stadtratssitzung (unter 6.).

## **6. Bericht von der 35. Stadtratssitzung**

Diese Stadtratssitzung war aufschlussreich. Da behauptete einer, aus „Verantwortung“ zu handeln, so Dr. Weidle (BfG) gebetsmühlenartig. Er wiederholte sich ebenso in dem Bemühen, dies dem Oberbürgermeister gänzlich abzusprechen. Dazu kam das Anhäufen substanzloser Schlagwort-Kritik auf Bordsteinkante durch Herrn Ursu (CDU). Das konnte nicht zufrieden stellen, im Sinne dieses Wortes nicht zum Frieden und Erfolg führen. Das Mitteilungsblatt hat wiederholt von der mangelnden Substanz der Totalkritik Dr. Weidles (BfG) am Stadtoberhaupt berichtet. Herr Ursu (CDU) versuchte, weil er auf Luft nicht aufbauen konnte, dem Beitrag Dr. Weidles (BfG) zusätzlich kritisch gemeinte Versatzstücke unmotiviert anzufügen. Da blieb nur die Verblüffung über dieses rhetorische Erbrechen und die Frage: „Kriejen se det öfters?“

Zur Klärung des Begriffes „Verantwortung“: Selbst zu behaupten, aus „Verantwortung“ zu handeln - das ist ein Missverständnis dieses Begriffes. Verantwortung heißt, dass man nicht aus Selbstberufung handelt, sondern einer höheren Instanz Rechenschaft schuldet, also zur Verantwortung gezogen werden kann. Der gern vor sich her getragene Spruch „Verantwortung vor der Stadt Görlitz“ ist eine faule Rede. Verantwortet wird vor einem Gericht oder vor einer ganz irdischen Instanz, die Sanktionen verhängen kann. Von Verantwortung zu reden ist deshalb meist substanzlose Wichtigtuerei. Wäre es künftig nicht besser, von Fürsorge für die Stadt zu sprechen – oder viel wichtiger: so zu handeln?

Aus dem langem Verlauf der Sitzung soll das Folgende berichtet werden:

1. Den Antrag „Nutzungsvereinbarung zwischen der Stadt Görlitz und dem Förderkreis Synagoge.“ wollten Dr. Weidle und Anhänger zu einer „Pflichtzustimmung des anständigen Bürgers“ machen. Mit verbissenem Gesinnungsdruck versuchte er dabei, das Denken über diesen Antrag zu verbieten. Es bleibt die Frage: Woher kommt eigentlich dieses Recht auf Gesinnungskontrolle, das er da beanspruchte? Es ist erschreckend, mit welcher Lust die Untaten des Nationalsozialismus benutzt werden, um eigene Ziele zu erreichen. Auch wenn es sich nur um eine gedankenlose Übung handeln sollte – diese angemaßte Spruchkammer-Mentalität hat in einem freien Rat nichts zu suchen.

Denn die Umstände entsprachen ganz normalen Entscheidungsgängen. Der mit neuen Zusätzen eingereichte Vertrag, den der Oberbürgermeister unterschreiben sollte, konnte zuvor weder auf seine rechtliche Zulässigkeit noch auf die wirtschaftlichen Folgen für die Stadt überprüft werden. Das zu erkennen wäre die Aufgabe der Antragsteller gewesen. Trotzdem wurde der Antrag von Dr. Weidle (BfG), CDU/FDP und Grünen angenommen. Man wird sehen, wie es weitergeht.

2. Über die „Dankadresse“ an die Staatsregierung für die in Görlitz verbliebenen Behörden haben wir schon im letzten Mitteilungsblatt berichtet. Aus dem „Dank“ wurde

danach eine „Anerkennung“. Aber der Widersinn des Schreibens war nicht zu verbergen. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

3 Um ViaThea für 2011 zu retten, schlug der Oberbürgermeister dem Stadtrat die folgende Regelung vor: a) letztmalige Aussetzung des Stadtratsbeschlusses, den Zuschuss für ViaThea zu kürzen. b) die Theater GmbH aufzufordern, durch konzeptionelle und organisatorische Maßnahmen den eigenen Deckungsbetrag des Festivals 2011 zu erhöhen, c) das Fest von Seiten der Stadt ersatzweise mit rund 41.000 Euro abzusichern. Diese Summe sollte durch die folgenden Maßnahmen zusammengetragen werden:

I. ca. 10.000 Euro Haushaltsreste aus 2010 bei kulturellen Projektarbeiten und der Jugendförderung, II. ebenfalls Haushaltsreste aus 2010 auf Grund nicht verbrauchter Sitzungsgelder der Stadträte (ca. 10.000 Euro) sowie künftige Absenkung der Sitzungsgelder für beschließende Ausschüsse des Stadtrates um 10.000 EURO, beginnend ab diesem Jahr. III. Einsammeln von Spenden durch den Oberbürgermeister (ca. 10.000 Euro). **A c h t u n g** : Das Folgende sollten Sie genau lesen, weil es Auskunft gibt über „Bürger für Görlitz“, CDU und FDP. Diese lehnten den Vorschlag ab und wollten in einem Vorgriff auf den Haushalt 2011 die Summe aus diesem (zahlenmäßig) noch nicht bekannten Haushalt entnehmen. Das ist aber aus haushalterischen Gründen nicht möglich, denn wer bindet vorab Mittel für eine Angelegenheit, ohne die Gesamtschau zu kennen, also ohne zu wissen, was für Ausgaben noch auf einen zurollen? Und so begann ein großes Gerede und Geklage, der OB solle das nun trotzdem tun. Durch eine unbedachte Bemerkung wurde aber klar, dass die Ablehnung ausschließlich wegen der drohenden Kürzung der Entschädigung für die Stadträte erfolgte. Man traute sich nur nicht, das wegen der Wirkung auf die Öffentlichkeit so deutlich zu sagen. Lieber hätte man das ganze ViaThea scheitern lassen. Brave Stadträte! Der OB rettete die Situation und verpflichtete sich, dann eben auf diese Kürzung zu verzichten und sich selbst um die fehlenden 10.000 EURO zu kümmern. Da stimmte man - nach kurzer Beratungspause – erleichtert zu!

4. Das gleiche Verhalten zeigte die Stadtratsmehrheit aus CDU/FDP, „Bürger für Görlitz“/GRÜNE und den LINKEN bei der Bestellung der Aufsichtsräte für das Klinikum. Nach dem Fiasko, mit dem der letzte Aufsichtsrat geendet hatte, beantragte der OB, jeder Bewerber solle sich bitte kurz den Stadträten und der anwesenden Öffentlichkeit vorstellen und seine persönliche Eignung für das wichtige Amt eines Aufsichtsrates unterstreichen. Die Bürger haben ein Recht zu wissen, wer sie da vertrete, argumentierte der OB. Diesen Vorschlag lehnte die Allianz intuitiv ab, da sie grundsätzlich den Ideen des OB misstraut. Dann – im Gefühl, sich zu sehr bloß zu stellen – wollte man nachgeben, die Vorstellung allerdings lieber bei abgeschalteter Kamera absolvieren. Schließlich kam man nicht umhin, dem Wunsch des OB stattzugeben. Bedingung: es dürfen den Kandidaten keine Fragen gestellt werden. Ein Hoch den tapfren Mannen!

Ihr Dr. Gleißner